

## MYANMAR

### Hochrangiger Repräsentant der Baptisten im Dezember festgenommen

Zum „Gefangenen des Monats Februar“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den Baptisten Hkalam Samson aus Myanmar (Burma) benannt. Sie rufen dazu auf, für den engagierten Geistlichen einzutreten.

Am 4. Dezember 2022 wollte Samson vom Flughafen in Mandalay im Zentrum des Landes nach Thailand ausfliegen, um sich dort medizinisch behandeln zu lassen. Dazu sollte es nicht kommen, denn Sicherheitskräfte nahmen ihn noch auf dem Gelände fest. Am Tag darauf, nach einem nächtlichen Verhör, wurde er in den Kachin-Staat geflogen, wo er seither eingesperrt ist.

Wie später durchsickerte, macht ihm das Militärregime Inhalte aus seinen Predigten im Bibelunterricht zum Vorwurf. Beobachter gehen davon aus, dass die Armee Anstoß daran nahm, dass er die Trauerfeier für Opfer des Luft-

#### Musterbrief

An den Vorsitzenden des Staatsverwaltungsrates  
General Min Aung Hlaing  
c/o Botschaft der Republik der Union Myanmar  
Thielallee 19  
14195 Berlin  
Fax 030 – 20615720

Exzellenz,

ich wende mich in Sorge um den früheren Präsidenten und Generalsekretär des „Kachin Baptisten-Kongresses“ (KBC), Hkalam Samson, an Sie. Der weithin geschätzte Geistliche wollte am 4. Dezember 2022 vom Flughafen in Mandalay nach Thailand ausfliegen, um sich dort medizinisch behandeln zu lassen. Jedoch wurde er dabei festgenommen, zum nächtlichen Verhör in die Militärzentrale gebracht und befindet sich derzeit im Gefängnis von Myitkyina. Wie bekannt wurde, wird ihm die Beteiligung an einer illegalen Vereinigung vorgeworfen.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR), die vor rund 75 Jahren verkündet wurde, garantiert in Artikel 18 das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit und in Artikel 20 das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Wir appellieren vor diesem Hintergrund an Sie, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, um Hkalam Samsons sofortige und bedingungslose Freilassung zu erwirken.

Hochachtungsvoll

Musterbriefe in deutscher und englischer Fassung können Sie herunterladen:  
<https://www.religionsfreiheit-igfm.info>



FOTO: FACEBOOK

Hkalam Samson

angriffs vom 23. Oktober vorigen Jahres auf ein Konzert im Kachin-Staat leitete. Bei dem Militärschlag waren mehr als 60 Menschen umgekommen. Samson setzte sich auch für eine medizinische Versorgung der Schwerverletzten des Angriffs ein.

Samson, der früher Generalsekretär und Präsident des „Kachin Baptisten-Kongresses“ war und seit einiger Zeit Berater der Organisation ist, tritt für Menschenrechte, insbesondere Religionsfreiheit sowie interreligiöse Verständigung ein. Mutig prangerte er 2019 im Gespräch mit dem damaligen US-Präsidenten Donald Trump an, dass Christen in seiner Heimat gefoltert werden.

## ERITREA

### „Gefangener des Monats Dezember“ frei

Am 30. Dezember 2022 hat die IGFM die Nachricht von der Freilassung des eritreisch-katholischen Bischofs Fikremariam Hagos Tsalim von Segheneity (Süderitrea) erreicht. Zusammen mit der evangelischen Nachrichtenagentur IDEA hatte die IGFM den Bischof im Dezember 2022 zum „Gefangenen des Monats“ ernannt.

Sicherheitskräfte führten den Geistlichen dieser mit dem Papst in Rom vereinten orientalischen Kirche am 15. Oktober 2022 auf dem Flughafen der Hauptstadt

Asmara ab. Er war gerade von einer Europareise zurückgekehrt, bei der er unter anderem Deutschland besucht hatte. Zwei weitere Priester seiner Kirche wurden auch in diesem Zeitraum festgenommen, wobei einer mit dem Bischof freigelassen wurde. Der Aufenthaltsort des anderen Priesters ist nicht bekannt, ebenso wenig wie der offizielle Grund der Inhaftierung der drei Geistlichen.

Darüber hinaus ist nichts über mögliche Bedingungen nach außen gedrungen,

die an die Haftentlassung geknüpft sein könnten.

Die Priester waren zuvor als Kritiker der massiven Menschenrechtsverletzungen bekannt. Die eritreisch-katholische Kirche zählt zwar zu den offiziell anerkannten Bekenntnisgemeinschaften, dennoch wurden im Jahre 2019 Schulen und Krankenhäuser in katholischer Trägerschaft geschlossen. Die katholischen Bischöfe des Landes wandten sich gegen die Schließung.

## Ein Jahrhundert Hindunationalismus

Mit seinem Buch „Hindutva: Wer ist ein Hindu?“ begründete Vinayak Damodar Savarkar vor genau 100 Jahren den Hindunationalismus. Der 1923 erschienene ideologisch-programmatische Essay schloss Angehörige anderer Religionen, insbesondere Christen und Muslime von der Teilhabe an einer indischen Nation aus. Grundlage dieser Weltanschauung ist die dreifache Einheit von Land, Volk und Religion. In den 60er Jahren kam eine Untersuchungskommission zu dem Schluss, dass der Autor und Politiker Savarkar in die Mordpläne gegen Mahatma Gandhi verwickelt war. Zwei Jahre nach

Erscheinen seines wirkmächtigen Buchs regte er die Gründung des „Nationalen Freiwilligen-Bundes“ an, des „Rashtriya Swayamsevak Sangh“, kurz RSS, der nach der Ermordung Gandhis zeitweise verboten wurde und länger politisch diskreditiert war. Zwei Umstände hatten dazu geführt, dass aus RSS-Mitglied Nathuram Godse der Mörder des „Vaters der indischen Unabhängigkeit“ wurde: Es ist zum einen die Vergötzung der Nation und zum anderen die Rechtfertigung von Gewalt als politisches Mittel durch die Anhänger der hindunationalistischen Bewegung.

Die Bharatiya Janata Partei (Indische Volkspartei) - durch die Dachorganisation „Sangh Parivar“ mit dem RSS verbunden -



Gegen „Missionarinnen der Nächstenliebe“ (Mutter-Teresa-Schwestern) wurde im Bundesstaat Gujarat 2021 wegen angeblicher „Zwangsbekehrung“ Anzeige erstattet. Im Bild: Plakat mit Info zum Mutterhaus in Kolkata.

schaffte in den zwei Jahrzehnten nach ihrer Gründung 1980 aufgrund ihrer Anti-Establishment-Rhetorik und angesichts gravierender sozialer Probleme wie Armut und Korruption einen machtvollen Aufstieg. Ihre Politiker knüpfen dabei an die anti-koloniale Argumentation an und greifen die Abwehr von vermeintlicher Überfremdung als Programm auf. Dabei wird insbesondere der Gegensatz zu den Muslimen herausgestrichen. Gewaltexzesse (1992 gegen die Babri Moschee in Ayodhya und 2002 die Pogrome gegen Muslime nach dem Brand in Godhra/ Gujarat) werden als „gerechtfertigter Volkszorn“ dargestellt.

Der politische Siegeszug der Partei und des ehemaligen Chief Ministers (Regie-

rungschefs) von Gujarat (2001 bis 2014), Narendra Modi, seit Mai 2019 zum zweiten Mal hintereinander indischer Premierminister, gibt den Hindunationalisten Auftrieb. Allmählich offenbart sich eine erfolgreiche Unterwanderung staatlicher Institutionen, wie etwa des Justiz- und Polizeiapparats: Politische Gewalt, wie die selbsternannte Rinderschutztruppen, wird nicht geahndet, während gegen Gegner einseitig ermittelt wird. Wie die zunehmende Zahl von Bundesstaatsgesetzen gegen Missionierung beweist, sind auch die gesetzgebenden Versammlungen von dem Trend betroffen.

Inzwischen gelten in zwölf Bundesstaaten sogenannte „Anti-Konversionsgesetze“, die aus der Amtssprache wörtlich übersetzt als „Gesetz zur Wahrung der Freiheit der Religion“ beschönigt werden. Im Bundesstaat Himachal Pradesh wurde ein bereits existierendes Gesetz vor vier Jahren noch verschärft. Wer beschuldigt wird, andere zum Übertritt getrieben zu haben, steht in Gefahr, für mehrere Jahre eingesperrt zu werden. Die Beweislast ist dabei umgekehrt und liegt beim Beschuldigten. Glaubenswechsel ist so nur nach behördlicher Genehmigung legal. Für die US-amerikanische Menschenrechtsorganisation „Freedom House“ ist Indien bereits seit vorletztem Jahr nur noch „teilweise frei“.

## NIGERIA

### Pfarrer bei Anschlag ermordet

Isaac Achi, katholischer Pfarrer im nordnigerianischen Bundesstaat Niger, ist in der Nacht zum 15. Januar Opfer eines terroristischen Anschlags geworden. Die Täter zündeten gegen drei Uhr nachts das Gebäude an, in dem der Priester vor seinen Verfolgern Zuflucht gesucht hatte. Das Haus wurde so zur Todesfalle: Achi verbrannte bis zur Unkenntlichkeit. Ein weiterer Pfarrer, der sich auf demselben Gelände der Pfarrei Sankt Peter und Paul im Dorf Kafin Karo aufgehalten hatte, kam

mit Schussverletzungen davon. Der zuständige Gouverneur, Alhaji Sani Bello Abubakar, verurteilte den Anschlag als „gegen Gott gerichtet und unmenschlich“ und versprach „drastische“ Maßnahmen gegen die „Terroristen“.

Pfarrer Achi wurde mehrfach zur Zielscheibe von Attacken; so wurde er einmal angeschossen und ein andermal entführt. An Weihnachten 2011 kam er bei einem Terroranschlag auf die Sankt-Theresa-Kirche in Madalla knapp mit dem Leben da-

von; 44 Menschen wurden bei dem Selbstmordattentat von Boko Haram ermordet. Ein Jahr nach der Beisetzung der Opfer warb er für Vergebung und Gebet für die Mörder. Achi half vielen jungen Menschen mit Rat sowie finanzieller Unterstützung für ihre Ausbildung und stand jedem, der ihn fragte, mit Rat beiseite. Möglicherweise geriet er so ins Visier der Täter, wie Pfarrer Samuel P. Gwimi in seiner Predigt anlässlich der Beisetzung des Ermordeten sagte.